

Die Bundesregierung hat sich vor dem Irakkrieg als Kriegsgegner geäußert. Dieser Krieg wurde für die US-Vorherrschaft im arabischen Raum und für die Beherrschung des Ölmarktes geführt. Die Blair Fraktion in GB hofft dabei einen gehörigen Brocken abzubekommen.

Trotzdem hat die Bundesregierung den Invasoren mit Überflug- und Transitrechte, Fuchsspürpanzern in Kuwait und Awacsbesetzungen trotz eines grundgesetzlichen Verbots der Unterstützung eines Angriffskrieges geholfen. Die Verweigerung dieser Hilfe hätte möglicherweise zu einer starken Konfrontation mit den militärisch mächtigen USA geführt.

Die wirtschaftlichen Interessen der EU-Mächte Deutschland und Frankreich unterscheiden sich von denen der USA kaum. Sie profitierten bislang durch gute Wirtschaftsbeziehungen zum Irak und hofften selbst darauf sich wirtschaftlich den Zugang zu den Ölquellen zu sichern. Das präventive, militärische Vorgehen der USA hat gezeigt, was auch möglich ist, wenn wirtschaftliche Einflußnahme nicht reicht. Die EU-Mächte wollen jetzt selbst militärisch so stark werden, dass sie die Weltmacht USA in die Schranken weisen können.

Ziel ist es, u.a. die Transportwege für Rohstoffe aus Ländern der Dritten Welt und für Waren in die Exportmärkte zu sichern. Außerdem bietet es die Möglichkeit den Druck auf wirtschaftlich und militärisch schwache Länder auszuüben.

Dafür soll jetzt eine neue Struktur der Bundeswehr mit Generalstab, bilateralen Corps und eine EU-Armee geschaffen werden. Qualitativ andere Waffensysteme werden angeschafft. Die Bundeswehr wird zu offensivem Eingreifen in der ganzen Welt befähigt. Der Lufttransporter Airbus A 400 M und das Satellitenortungssystem Galileo sind nur zwei Beispiele dafür. Der Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee findet auch in der Marine statt. Die alten Zerstörer sind fast alle ausgemustert, Schnellboote werden verkauft und Minensuchboote verschrottet. Zwei moderne Fregatten mit schweren Geschützen sind im Bau. Das erste von vier modernen U-Booten mit Brennstoffzellenantrieb ist in der Erprobung. Lange vor der Debatte um die Umstrukturierung der Bundeswehr sind zwei Einsatzgruppenversorger gebaut worden, von denen die zuletztgebaute „Frankfurt am Main“ ihren Heimathafen in Kiel hat. Sie dienen der Versorgung spezieller Einsatzgruppen auf allen Weltmeeren, wie augenblicklich in der Golfregion, über einen langen Zeitraum (45 Tage).

**Gegen die Aufrüstungspolitik der BRD!
Gegen den Aufbau einer EU-Armee!
Wir fordern den Abzug aller
deutschen Truppen aus dem Ausland!**



Termine und Infos des Anti-Kriegs-Bündnis Kiel siehe: www.antikriegsbuendnis-kiel.de



Aktion vor dem Marinestützpunkt Kiel, 9.4.03

Protestaktion am Kieler Marinestützpunkt Gegen eine Welt der Kriege Gegen die Rüstungspolitik der BRD



Demonstration am 12.4.03 in Kiel

Das Antikriegsbündnis Kiel hat am Mittwoch, dem 9. April, gegen das Auslaufen des Einsatzgruppenversorgers „Frankfurt am Main“ vor dem Haupteingang des Marinestützpunktes ca. eine Stunde lang protestiert.

Soweit es uns bekannt ist, sind bereits ca. 600 Soldaten der deutschen Marine am Horn von Afrika und im Mittelmeer im Einsatz. Sie geben den US-amerikanischen Seestreitkräften Geleitschutz auf dem Weg in den Persischen Golf. Damit leistet die Bundesrepublik einen weiteren direkten Betrag zu dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak. Dagegen protestieren wir aufs schärfste und verlangen den sofortigen Abzug aller deutschen Marineeinheiten aus ausländischen Gewässern.

Der geplante Einbau eines mobilen Krankenhauses auf dem Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“ zu dem das Schiff nach Wilhelmshafen ausgelaufen ist, steht in Verbindung damit, dass im Mai ein Einsatz im Golf geplant ist. Zu welchem Zweck soll wohl ein solches Krankenhaus dienen. Doch nicht, um den zu tausenden von amerikanischen Bomben verstümmelten Menschen im Irak zu helfen, sondern allein um das amerikanische und britische Söldnerheer wieder zurechtzuflicken.

Allein die Existenz dieses Schiffes ist eine Bedrohung für uns und alle Völker. Dieses Schiff ist für den längeren Einsatz in ausländischen Gewässern gebaut und hat damit die z.Zt. in der Bundesrepublik beabsichtigte Veränderung militärpolitischer Ziele, Auslandseinsätze und Präventivkriege führen zu können vorweggenommen. Durch die in Arbeit befindlichen Verteidigungspolitischen Richtlinien soll die Umwandlung der Bundeswehr in eine Angriffsarmee, auch im Rahmen der EU oder der NATO, gerechtfertigt werden. Das lehnen wir ab.

Anti - Kriegs - Bündnis Kiel